

STUDIERENDENUMFRAGE ÜBER MITTELVERWENDUNG

Lehramtsstudium quasi automatisch zur Aufnahme in den Masterstudiengang berechtigt, entzündete sich ein Konflikt zwischen Universitäten und Ministerien. Nach derzeitigem Wissen und Diskussionsstand wird der Umstellungsprozess nun gänzlich ausgesetzt, da in sämtlichen Lehramtsstudiengängen das Staatsexamen nach wie vor beibehalten werden soll.

ZUSAMMENARBEIT MIT DEM ZENTRUM FÜR LEHRERBILDUNG

Unabhängig von diesen bildungspolitischen Entwicklungen ist die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem von der Universität Heidelberg und der Universität Mannheim eingerichteten Zentrum für Lehrerbildung zu nennen, die sehr konstruktiv und zukunftsweisend verläuft. Im Beirat dieses Gremiums sind die Prorektorin und der Prorektor vertreten, zudem haben sich bereits mehrfach interuniversitäre Kontakte auch auf Fachebene konkretisiert, die die Kooperation zwischen Pädagogischer Hochschule und Universität stärken.

TROTZ STUDIENGEBÜHREN STEIGENDE NACHFRAGE NACH STUDIENPLÄTZEN

Studiengebühren an der Pädagogischen Hochschule

Obwohl der Lehrerberuf angesichts der demographischen Entwicklungen keineswegs mehr garantiert sichere Berufschancen verspricht, lässt sich kein Rückgang der Nachfrage für 2007 konstatieren, im Gegenteil: Beispielsweise hatten sich zum Sommersemester 2007 insgesamt 1.669 Personen um einen der insgesamt 387 zu vergebenden Studienplätze im ersten Fachsemester an der Hochschule beworben. Im Vergleich dazu waren es für das Sommersemester 2006 „nur“ 1262 Bewerberinnen und Bewerber. Die Bewerbungen zum Sommersemester 2007 erfolgten überwiegend durch Online-Bewerbung (1.127 gültige Online-Bewerbungen). Trotz der Studiengebühren und der ungeklärten Zukunftsperspektiven nahm die Zahl der Bewerbungen für das Sommersemester 2007 massiv zu.

Am Ende des Sommersemesters 2007 wurde über StudIP eine Umfrage an die Studierenden gerichtet, wie und ob die Mittel aus Studiengebühren zur Verbesserung der Lehre aus der Sicht der Studierenden angekommen sind. Die Resultate bei einer Beteiligung der Studierenden von etwa 15 Prozent waren erwartungsgemäß nicht reprä-

